

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Band: 59 (1965)
Heft: 11

Artikel: Weltrundschau : lieber tot als rot? ; Für einen Verhandlungsfrieden ; Kaschmir - Indonesien - China ; Der Kampf um Rhodesien ; Die zweite Regierung Erhard
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141049>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 21.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

von dem Haß des schwarzen Mannes, der sich in einem unvorstellbaren Ausmaß an den Weißen rächen wird, wenn die heutigen weisen, gewaltmeidenden schwarzen Führer nicht bald ihren erniedrigten Brüdern als Erfolg ihrer Methode die wahrhaftige Gleichberechtigung bringen. Auch der Verfasser ist in Armut aufgewachsen, aber aus seiner Beschreibung der Armut des weißen im Gegensatz zur Armut des schwarzen Mannes wird es klar, in wie vielen Belangen die Stellung der schwarzen Bevölkerung grundlegend geändert werden muß, damit sie sich wirklich als gleichberechtigt fühlen kann.

Schon aus dem Buch von *Jullio Vinay, Riesi* (Kreuz-Verlag) ging hervor, wie wichtig im Kampf für benachteiligte Menschengruppen die Rolle der Juristen wäre; die Schilderungen von Stringfellow zeigen uns, welche Aufgabe der Jurist, der von seiner menschlichen Berufung überzeugt ist, wirklich erfüllen kann. So könnte dieses Buch ein Wegweiser werden für junge Menschen, die im Beruf Berufung sehen und im Leben etwas anderes suchen als den ewigen Tanz um das goldene Kalb.

B. W.

WELTRUNDSCHAU

Lieber tot als rot? Soviel Wichtiges und Erregendes in der Welt herum auch geschieht, das unsere Aufmerksamkeit fesselt: der *Vietnamkrieg* bleibt das große, beherrschende Weltereignis von 1965 und sehr wahrscheinlich auch 1966; ja, er wächst sich immer mehr zum eigentlichen Weltskandal aus. Er ist wirklich, wie man in Anlehnung an ein Wort des seinerzeitigen amerikanischen Zirkuskönigs Barnum gesagt hat, «die größte Schaustellung der Welt» — und Präsident Johnson spielt darin eine Hauptrolle, eine traurige, fast dämonisch zu nennende Rolle, die immer lauter den empörten Widerspruch aller Menschen mit Gewissen herausfordert. Ob er, nach der Selbstaufopferung von Alice Herz, nicht doch durch den freiwilligen Verbrennungstod aufgerüttelt wird, den der 31jährige Quäker Norman Morrison nun auch, vor dem Eingang zum Kriegsministerium in Washington, gewählt hat, um gegen die Greuel der amerikanischen Kriegführung in Vietnam Einspruch zu erheben? * Aber nein: die Barbarei geht fast pausenlos, Tag und Nacht, in Nord- wie in Südvietnam weiter, und noch ist kein Ende des Gemetzels in Sicht. Was die südvietnamesischen Aufständischen an Gewalttaten verüben, soll in keiner Art beschönigt werden; es befleckt ihre gute Sache be- trüblich schwer. Aber es kommt dennoch nicht entfernt den Furcht- barkeiten gleich, die im Dienst einer *schlechten* Sache die große ame- rikanische Armee mit kalter Berechnung begeht. Am schändlichsten

* Inzwischen haben zwei weitere amerikanische Gegner des Vietnamkrieges ver- sucht, durch Selbstverbrennung ihre Regierung zur Besinnung über ihr frevelhaftes Tun zu bringen. Der junge Katholik Roger La Poste in Neuyork und die 24jährige Frau Helene Jankorski in einer Gemeinde des Staates Indiana. Beide konnten bisher am Leben erhalten werden; aber ist das ein Grund für die Herrschenden, mit einem Achselzucken zur Tagesordnung überzugehen?

ist die planmäßige *Zerstörung Nordvietnams* durch die amerikanische Luftwaffe.

Nordvietnam ist ohnehin ein sehr armes Land, das durch die von Franzosen und Amerikanern herbeigeführte Teilung Vietnams seiner Nahrungsmittelgrundlage weithin beraubt wurde, obwohl es eines der am dichtesten bevölkerten Länder der Erde ist, und das es besonders schwer hat, sich zu industrialisieren. Wie es in den von der amerikanischen Bombenausschüttung betroffenen Gebieten Nordvietnams aussieht, beschreibt der USA-Bürger Chris Koch in «Stone's Weekly» (11. Oktober) aus eigener Anschauung. «Die Zerstörung außerhalb Hanois», so berichtet er, «ist erschreckend. Ich verbrachte zwei Tage in Thanh Hoa und war entsetzt, einen großen Teil dieser Provinz einem Schlachtfeld gleich zu finden . . . Wir fuhren durch Nam Dinh, die drittgrößte Stadt des Landes und ein neues Industriezentrum. Aus dem Wagen sahen wir in der Dämmerung eine zerbombte Pagode, ein teilweise zerstörtes Krankenhaus und einen Schulhof voller Arbeiter. Die berühmte Textilfabrik, die die Franzosen gebaut haben, war ein Chaos ausgebombter Gebäude. Aber am meisten entsetzte mich der Anblick der Arbeiterhäuser rings um die Fabrik, die in einen wüsten Haufen von Ziegeln und Brocken verwandelt waren . . . Die ganze Provinz ist schwer mitgenommen. Beim Krankenhaus 71, das in drei Luftangriffen zerstört worden ist, sprach ich mit dem Direktor. Er sagte, die 30 Gebäude seien ein Forschungs- und Behandlungszentrum für Tuberkulose gewesen. Jetzt waren sie Gerippe, die zum Himmel starrten. 40 Kranke und Ärzte waren tot.» In der landwirtschaftlichen Genossenschaft Dai Thong beschrieb ein alter Bauer die amerikanischen Angriffe mit statistischer Genauigkeit. «Da waren vier Angriffe in 45 Tagen. 20 Kinder zwischen drei Monaten und 10 Jahren wurden getötet, dazu 15 ältere Personen. 121 Häuser wurden zerstört, 200 beschädigt . . . In einem kleinen Krankenhaus sprachen wir mit den Opfern: Einem zehnjährigen Knaben war das Bein oberhalb des Knies abgerissen worden, während er auf dem Schulhof spielte; einer 27jährigen Frau im siebten Monat war auf der Landstraße der Hüftknochen zertrümmert worden; einem jungen Mann, der Reis pflanzte, war der Bauch aufgeschlitzt worden.»

Und das sind nur ein paar Beispiele von Tausenden, die angeführt werden könnten! Warum das alles? Johnson — und mit ihm fast ganz Amerika — antwortet: «Das ist kein Dschungelkrieg, sondern ein Kampf für die Freiheit.» Geht dabei Vietnam und das lebende Geschlecht seines Volkes zugrunde — was geht das ihn an? Lieber tot als rot! Wie durch und durch verlogen die amerikanische Aufmachung des Vietnamkrieges als eines Freiheitskampfes ist, den die Vereinigten Staaten stellvertretend für die ganze «freie Welt» führten, ist an dieser Stelle genugsam dargelegt worden und wird mehr und mehr auch sonst im Westen offen ausgesprochen. «25 Jahre lang», so heißt es in einem Brief von Labourmitgliedern an den «New Statesman» (22. Ok-

tober), «hat das Volk von Vietnam nazimäßiger Quälerei und Unterdrückung durch fremde Eindringlinge (Japan, Frankreich und Vereinigte Staaten) widerstanden. Durch ihren politischen Einsatz für den amerikanischen Angriff in Vietnam hat die Labourregierung die Seele der Labourbewegung in England beschmutzt . . . Sozialisten sollten sich der Eroberung widersetzen, nicht sie entschuldigen. Der Kampf des Volkes von Vietnam für seine nationale Befreiung stellt echte Sozialisten vor dieselbe Verpflichtung wie der Krieg in Spanien. Der Versuch, die amerikanische Gewalttätigkeit mit dem vietnamesischen Widerstand gleichzusetzen, ist moralisch unhaltbar.»

Auch in der Schweiz wächst sichtlich die Einsicht, daß Amerika in Vietnam ein schweres, weltgeschichtliches Verbrechen begeht. Eine Schrift von Arnold Künzli (erschieden in der evangelischen Zeitbuchreihe Polis) deckt besonders einläßlich und redlich die *wirklichen* Ursachen des Vietnamkrieges auf und verdient weite Verbreitung.* Auf *einen* Punkt wird in Europa immerhin zu wenig hingewiesen: auf die Rolle des Vietnamkrieges als *Ankurbler der kapitalistischen Wirtschaft* der Vereinigten Staaten. Schon der Zweite Weltkrieg half wesentlich mit, die schwere Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre zu überwinden. Auch der Koreakrieg war wirtschaftlich den USA höchst willkommen. Und ähnlich darf die amerikanische Kriegsanstrengung in Vietnam nicht nachlassen, wenn nicht die «freie Wirtschaft» unabsehbaren Schaden nehmen soll. Der amerikanische Kapitalismus ist, wie Scott Nearing in der «Monthly Review» (Neuyork, Oktoberheft) bemerkt, im Grunde schon längst bankrott. Nur zwei Drittel der Gütererzeugung der Vereinigten Staaten können an private Verbraucher abgesetzt werden; für den Rest muß als größter Kunde der Industrie der Militärstaat aufkommen. «Ohne diese Subvention würde die Wirtschaft Geld verlieren und die Zahl der Arbeitslosen würde auf 20 bis 25 Millionen anwachsen. Einzig die Staatsausgaben bewahren die ‚freien Unternehmer‘ der Vereinigten Staaten vor dem Zusammenbruch.»

Für einen Verhandlungsfrieden Damit dem Vietnamkrieg ein Ende gemacht werde, bedürfte es also in erster Linie eines Schwindens des Interesses des amerikanischen Kapitalismus an Kriegslieferungen und eines Verzichts auf die ganze imperialistische Machtpolitik der Vereinigten Staaten in

* Um so beschämender der Versuch eines Religiössozialen der «neuen» (antikommunistischen) Schule, in einem Leserbrief an die für Vietnams Volk einstehende «Nationalzeitung» (Nr. 477) den USA-Krieg als bewundernswerten Freiheitskampf hinzustellen. «Unsere Sympathie», so schreibt der Mann, «gilt dennoch (trotz amerikanischen ‚Fehlern‘) diesen amerikanischen Freiheitskämpfern, deren Opferbereitschaft während der letzten 50 Jahre ohne Beispiel in der Geschichte ist.» Von den zehntausendfachen größeren Opfern, die beispielsweise die Sowjetunion im Kampf gegen Hitlerdeutschland gebracht hat und ohne die Deutschland kaum geschlagen worden wäre, spricht der Briefschreiber nicht.

Ost- und Südostasien, hinter der der Wille steht, den Kommunismus in Asien und in der übrigen Welt mit militärischer Gewalt zu zerschlagen. Daß von einer solchen Wendung vorderhand überhaupt keine Rede sein kann, liegt aber klar auf der Hand. Lieber lassen es die Beherrscher der amerikanischen Wirtschaft und Politik — der Bund zwischen Großkapital und Militär — auf einen dritten Weltkrieg ankommen, als daß sie gutwillig die ganze Grundlage ihrer Macht und ihres Reichtums preisgeben. Dies um so mehr, als in der übrigen kapitalistischen Welt der Krieg Amerikas gegen den asiatischen Kommunismus (oder was als solcher ausgegeben wird, tatsächlich aber einfach ein Stück der notwendigen sozialen und nationalen Revolution unterentwickelter Völker ist) mit unverhohlener Sympathie begleitet wird. Es braucht nur an Westdeutschland, England, Italien — und die Schweiz erinnert zu werden.

An der Riesenmacht und Kampfentschlossenheit des kapitalistischen Amerika sind denn auch bisher alle Bemühungen gescheitert, in den Vereinigten Staaten selber einen wirksamen Widerstand gegen die Kriegspolitik der Regierung Johnson zu entfachen. So weite Kreise die Bewegung gegen den Vietnamkrieg auch erfaßt hat, namentlich in der Bildungsschicht, so ist doch ihr Einfluß auf die politische Führung des Landes bisher kaum spürbar geworden. Andrew Kopkind, der ausgesprochen «liberale» Washingtoner Mitarbeiter des Londoner «New Statesman», stellt (22. Oktober) sogar fest, daß die jüngsten Kundgebungen gegen den Vietnamkrieg in keiner amerikanischen Stadt viel Unterstützung gefunden hätten. Die Bewegung sei recht unpopulär und habe nur zu einem Ausbruch nationaler Hysterie geführt, wie sie seit den Tagen McCarthys nicht mehr erlebt worden sei. «In Amerika», so schreibt er, «ist die Außenpolitik tatsächlich demokratischer Einwirkung entzogen. Niemand kennt den Mechanismus, um Demonstrationsmärsche in politischen Druck, in Planungsbeschlüsse umzusetzen.» Die Auffassung sei eher, daß die Kundgebungen gegen die Vietnampolitik nur die Kriegskräfte stärkten und daß jeder Riß in der nationalen Einheitsfront die nordvietnamesische Regierung erst recht davon abhalte, um Verhandlungen nachzusuchen.

Wenn solche Auffassungen bestehen, wenn also die maßgebenden Planer und Ausführer der amerikanischen Außenpolitik daran festhalten, daß die Kriegführung gegen die südvietnamesischen Widerstandskämpfer und die Verwüstung Nordvietnams erbarmungslos fortgesetzt werden müsse, bis Hanoi um Frieden bitte, dann ist freilich schwer abzusehen, wie dieser Krieg anders als durch den militärischen Sieg der stärkeren Partei — und das sind eben bei weitem die Amerikaner — beendet werden soll, es sei denn, der Vietcong und die Regierung von Nordvietnam kapitulierten, bevor es zum Äußersten gekommen ist. Kann man das ihnen zumuten? Müßte es nicht als moralische Niederlage der Sache Vietnams erscheinen, die ärger wäre als ein militärischer Zusammenbruch? Und würde dann nicht das

Verbrechen Amerikas einen Triumph feiern können, der die Menschen aller Länder an der ganzen sittlichen Weltordnung irremachen könnte?

Die Wirkungen eines *solchen* Kriegsausganges wären in der Tat katastrophal. Aber ich glaube nicht, daß es dahin kommen *muß*. Schon im letzten Heft unserer Monatsschrift habe ich bemerkt, daß bei genügend wirklichkeitsgemäßer Betrachtung der Kriegslage ein Ausweg gefunden werden kann, der es dem Volk von Vietnam erlaubt, seine Selbstachtung zu bewahren, ohne daß die amerikanische Armee sofort und bedingungslos das Land verläßt, wie es bisher mindestens nach außen hin die Forderung des Vietcong und Nordvietnams ist. Andererseits kann man sich recht wohl vorstellen, daß auch die Regierenden in Washington bereit wären, trotz ihrer militärischen Übermacht den Krieg abzubrechen und zunächst Gewehr bei Fuß stehen zu bleiben, ohne daß vorher «Hanoi» kapituliert hätte und sich dem amerikanischen Diktat unterwürfe*. Auch Arnold Künzli schlägt in der erwähnten Schrift einen Verhandlungsfrieden vor, der es beiden Teilen erlauben würde, das Gesicht zu wahren und doch auf die militärische Austragung des Konflikts zu verzichten. Aber um zu einem solchen Ergebnis zu kommen, brauchte es eine überlegene, von tiefer Menschlichkeit getragene Staatskunst auf beiden Seiten und die Vermittlung einer dritten Kraft, ob das nun die Vereinten Nationen oder in eigener Verantwortung handelnde Einzelregierungen wären.

Und auch dann könnte ein vorläufiger Verhandlungsfrieden nur angenommen werden im Vertrauen darauf, daß die *endgültige* Lösung der Vietnamfrage im Rahmen einer Neuordnung ganz Südostasiens kommen wird, die den beteiligten Völkern die Freiheit von sozialer Not und Bedrückung wie von ausländischer Beherrschung bringt. Dem Kampfwillen des seit einem Vierteljahrhundert heldenhaft um seine Selbstbestimmung ringenden vietnamesischen Volkes mag eine solche notgedrungen langfristige Lösung seines Problems schwer erträglich scheinen; aber es liegt dennoch eine große Wahrheit in dem Wort von der revolutionären *Geduld*, die warten kann, bis die Früchte der für eine gerechte Sache dargebrachten Opfer wirklich reif werden. Der Kampf selber würde ja mit einem Kriegsabbruch nicht aufhören; er würde nur mit anderen, besseren Mitteln weitergeführt werden und einen Sieg bringen, der Vietnams Volk ungleich größere Genugtuung

* Die Amerikaner haben jetzt über 150 000 Mann in Vietnam stehen; in einem Jahr sollen es doppelt soviel sein. Die südvietnamesischen Regierungstruppen sind nach amerikanischen Angaben eine halbe Million Mann stark und werden weiter verstärkt, so daß in einem Jahr dem Vietkong gegen eine Million Mann gegenüberstehen würden, wenn der Krieg nicht abgebrochen würde. Andererseits wird aber die südvietnamesische Regierungsarmee dauernd durch den Abgang von Überläufern geschwächt, deren Zahl tausend im Monat übersteige. Die Kerntruppen des Vietcong sollen heute etwa 75 000 Mann umfassen, mehr als doppelt soviel wie im vergangenen Februar.

gäbe als ein auf dem Schlachtfeld errungener Sieg — wenn dieser überhaupt noch möglich wäre.

Kaschmir – Indonesien – China Ein Kriegsabbruch in Vietnam würde die Streitparteien vor eine ähnliche Aufgabe stellen, wie sie schon jetzt für *Indien und Pakistan* besteht: nach der Annahme des Waffenstillstands eine *politische* Lösung des Streitfalls zu suchen. Das ist nun freilich auch bei der Kaschmirfrage ein schweres Stück Arbeit. Der Waffenstillstand wird nicht einmal streng eingehalten (wobei jede Partei die andere beschuldigt), und von einem Rückzug der beidseitigen Streitkräfte auf die ursprünglichen Stellungen ist erst jetzt die Rede, dank den zähen Bemühungen des Sicherheitsrats. Inzwischen scheinen die hinter den Kulissen geführten Verhandlungen über eine friedlich-schiedliche Lösung der Kaschmirfrage noch immer nicht vom Fleck zu kommen. Beide Staaten beharren auf ihrem bisherigen Standpunkt: Indien will nichts von dem herausgeben, was es sich in Kaschmir seinerzeit eigenmächtig angeeignet hat, und Pakistan verlangt nach wie vor eine Volksabstimmung in den umstrittenen Gebieten. Wie da eine Einigung zustandekommen soll, ist vorderhand unerfindlich, zumal in den ganzen Streitfall recht stark auch Großmachtinteressen hineinspielen, steht doch China auf Seiten Pakistans, während sich Indien mehr und mehr an die Vereinigten Staaten anlehnt und damit zum Hindernis für die Freigabe Südostasiens durch Amerika wird. Eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten sollte jedoch ein für allemal ausgeschlossen bleiben, schon darum, weil das Feuer trotz allen Vorsichtsmaßnahmen über die Grenzen der zunächst beteiligten Länder hinausgreifen könnte und gerade in Südasiens die Gefahr einer Weiterverbreitung der Atomwaffen recht groß ist.

In *Indonesien* bleibt mittlerweile die Lage so undurchsichtig wie je. Über den wirklichen Hergang des sogenannten Staatsstreichversuches vom 30. September und seine Hintergründe zuverlässigen Aufschluß zu erhalten, ist bisher schlechterdings unmöglich gewesen. Alles, was man darüber weiß, spricht aber dafür, daß es sich — wie hier schon vor vier Wochen gesagt wurde — nicht um einen gescheiterten kommunistischen Revolutionsplan handelte, sondern um eine gewaltsame Auseinandersetzung zwischen einer eher fortschrittlichen Armeegruppe und dem Großteil der höchst reaktionär eingestellten übrigen Streitkräfte, an der gewisse Gruppen der Kommunistischen Partei am Rand beteiligt gewesen sein mögen, ohne daß die Partei als solche hineingezogen worden wäre oder gar die Führung des Unternehmens innegehabt hätte. Die indonesischen Kommunisten hatten ja allen Grund, sich nicht auf ein Putschabenteuer einzulassen, das sie auch im Fall des Gelingens in den schwersten Kampf mit der Armeeführung verwickelt, im Fall des Mißlingens aber mit der Vernichtung bedroht hätte. Bei der Machtstellung, die die Kommunistische Partei

in mehrjähriger zäher Arbeit errungen hatte, und bei der Aussicht, ihren Einfluß noch weiter ausbauen zu können, hätte die KP geradezu Selbstmord begehen müssen, wenn sie es auf eine Gewaltprobe mit der Armeeleitung hätte ankommen lassen, bei der die entscheidenden Machtmittel in den Händen des Militärs gelegen hätten. Die Armeeführer haben denn auch den Fehlschlag des offenbar ganz dilettantisch angezettelten Putsches sofort dazu benutzt, mit den Kommunisten ganz gründlich abzurechnen und längst gehegte Pläne für ihre Vernichtung auszuführen. Die Zerschlagung der kommunistischen Parteiorganisation im Rahmen eines regelrechten Bürgerkriegs ist gegenwärtig noch in vollem Gange; wieweit sie gelingen und ob sie von Dauer sein wird, steht indessen noch gänzlich dahin. Die innere Lage Indonesiens mit der Zerrüttung seiner Wirtschaft, der Notlage breiter Schichten seines Volkes und dem Elend seiner Finanz- und Geldverhältnisse macht es jedenfalls ganz unwahrscheinlich, daß mit einer Militärdiktatur irgend eines der drängenden Probleme des Landes gelöst werden kann. Präsident Sukarno selbst, der schon mit Rücksicht auf seine Außenpolitik dem Aufbau der kommunistischen Machtstellung kein ernsthaftes Hindernis in den Weg legte, sträubt sich auch jetzt offensichtlich, auf den gegenrevolutionären Kurs der Militärführer einzuschwenken, hat aber seine frühere Autorität fast gänzlich eingebüßt und scheint politisch nur mehr ein Schattendasein zu führen*.

Daß der an Spanien gemahnende Vernichtungsfeldzug, den die indonesische Armee gegen die im weiteren Sinn revolutionären Kräfte des Landes führt, die Beziehungen zwischen Indonesien und China aufs schwerste belastet, ist selbstverständlich. Die «Achse Peking—Djakarta» kann als gebrochen gelten, wenn sich auch die chinesische Regierung noch große Zurückhaltung gegenüber dem neuen Regiment in Indonesien auferlegt. Ob Indonesien seinen Austritt aus der Organisation der Vereinten Nationen rückgängig machen wird, bleibt freilich abzuwarten. Aber daß der Plan einer asiatischen Gegen-UNO, mit China, Indonesien, Nordkorea und Nordvietnam als Gründungsmitgliedern, vorläufig nicht weiterverfolgt werden kann, liegt auf der

* Sukarno erklärte sich nach einer Meldung der Agence France-Presse vom 6. November mit Strafmaßnahmen gegen diejenigen einverstanden, die an der Verschwörung vom 30. September beteiligt gewesen seien, warnte aber davor, «Feuer im Haus zu legen, um Ratten zu vernichten». Es seien eben nicht nur Kommunisten, sondern auch religiöse und nationalistische Gruppen in den Putschversuch verwickelt gewesen. — Bezeichnend ist andererseits, daß die westdeutsche Presseagentur einen Bericht aus Indonesien veröffentlicht (der auch in der Schweizer Presse kommentarlos wiedergegeben wurde), wonach die Kommunistische Partei Indonesiens «für die ersten fünf Tage nach dem Putsch die Ermordung von mehr als 10 000 Offizieren, Parteiführern und Verwaltungsbeamten geplant haben soll, um jede Opposition gegen die Gründung der ‚Volksrepublik Indonesien‘ im Keim zu erstickten.» Hitler handelte bekanntlich nach dem Rezept: Je faustdicker die Lüge, um so eher wird sie geglaubt. Das scheint auch in der Bonner Republik noch Grundsatz zu sein.

Hand. China selbst sieht seine Stellung in Asien und der übrigen Welt geschwächt, während man sich in Amerika die Hände reibt und auch in England über Sukarnos Ausschaltung befriedigt ist. Die Achse «Washington—London» steht neugefestigt da und arbeitet vortrefflich. Großbritannien läßt den Vereinigten Staaten freie Hand in Vietnam und bekommt seinerseits für seine kapitalistischen Kolonialinteressen in Malaysia amerikanische Rückendeckung gegen Indonesien, wo die Vereinigten Staaten natürlich die «Säuberung» des Landes von allem, was Kommunismus heißen werden kann, mit allen Mitteln fördern.*

Nur wäre es verhängnisvoll kurzsichtig, wollte man aus all dem schließen, daß Chinas Macht und Einfluß nun im Niedergang begriffen seien und daß der Zeitpunkt näherrücke, da die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten das seit der Errichtung der Chinesischen Volksrepublik so hartnäckig verfolgte Ziel erreichen würden: dem «roten Regime» in Peking einen tödlichen Schlag zu versetzen und damit die Weiterführung der sozialen Revolution in den unterentwickelten Ländern Asiens, ja der ganzen Welt zu verhindern. China wird trotz allen Rückschlägen, die es im Innern und nach außen hin erlebt, und trotz den nicht leicht zu nehmenden Fehlern, die seine Führer gemacht haben und weiter machen, seinen Aufstieg fortsetzen und die gewaltige Aufgabe erfüllen, die ihm die lenkende Kraft der Völkergeschichte gestellt hat.

Von einer unheimlichen Gefahr zu reden, die der Freiheit, der Menschlichkeit und der Gesittung der westlichen Welt von China her drohe und die Amerika berechtige, ja verpflichte, zur Sicherung der höchsten Güter der Menschheit mit Geld und Waffen überall einzugreifen, wo es ihm angezeigt scheine, das ist sträfliche Anmaßung und unerträgliche Selbstgerechtigkeit. Eine gebietsmäßige Ausdehnung Chinas, die ihm die militärische Herrschaft über den größten Erdteil einbringen sollte, scheidet von vornherein aus. Sein kurzer Waffen- gang mit Indien diente, wie wir an dieser Stelle wiederholt zeigten, nur der Zurückholung eines Landstreifens, den Großbritannien seinerzeit von China losgerissen und an Indien angeschlossen hatte. Und wenn man auf Tibet verweist, so kann kein Zweifel darüber bestehen, daß dieses Land immer der Oberhoheit Chinas unterstand, die von allen westlichen Staaten seit Beginn ihrer Beziehungen mit dem «Reich

* Schon am 12. Februar 1965 hatte die «New York Times» geschrieben: «Washington hat die tätige Verteidigung Malaysias Großbritannien überlassen und versucht, einigen Einfluß (!) in Indonesien zu behalten in der Hoffnung, mit seinem Eingreifen eines Tages eine kommunistische Machtergreifung verhindern zu können.» Der Putsch vom 30. September hat Amerika in wunderbarer Weise die Gelegenheit geboten, vorbeugend eine «kommunistische Machtergreifung» in Indonesien zu verhindern. Ob Washington und sein berühmter Geheimdienst dabei nicht auch «einigen Einfluß» ausgeübt haben...?

der Mitte» anerkannt, aber in den Zeiten seiner nationalen Schwäche von China wenig wirksam ausgeübt wurde.

Aber es ist natürlich auch nicht die Gefahr militärischer Eroberungszüge Chinas, die man im Westen und vorab in Amerika fürchtet. Man ist vielmehr tief beunruhigt durch das Vorbild, das die nationale und soziale Revolution Chinas für andere «zurückgebliebene» Länder darstellt. Und wie Edgar Snow, der Verfasser so einzigartig aufschlußreicher Bücher über China (dessen Sprache er spricht) in einem Artikel des «Nouvel Observateur» (Paris, Nr. 47/1965) schreibt, wird sich das politisch-soziale System, unter dem das neue China lebt, schließlich vielleicht tatsächlich über ganz Asien und den westpazifischen Raum ausdehnen. «Es hat bereits die volkreichste Nation der Welt geeinigt und ihr im Inneren schwere, erregende Aufgaben gestellt; aber diese Aufgaben sind noch lange nicht erfüllt. Im System selber haben sich ernstliche Widersprüche aufgetan, deren Lösung Zeit und viel Phantasie braucht. Es sind Fehler begangen worden und weitere werden folgen. Wer kann sagen, ob sich das politische System nicht überhaupt wandeln wird, wenn die wirtschaftliche Modernisierung Chinas allmählich vollendet sein wird? Wenn die Russen bei der ‚kleinbürgerlichen‘ Denkweise eines Chruschtschew gelandet sind, kann dann das Gleiche nicht auch in China geschehen? Niemand, so antwortete mir Mao Tse-tung, als ich ihm während einer Unterredung im Jahr 1965 die Frage stellte, kann mit Sicherheit sagen, welches die Haltung der künftigen Geschlechter Chinas sein wird.»

Eine Spekulation auf einen nahen inneren Zusammenbruch der Chinesischen Volksrepublik wäre jedenfalls so verfehlt wie nur möglich. Und erst recht widersinnig wäre es, wenn sich die Vereinigten Staaten einen Erfolg von einem militärischen Angriff auf China versprächen. Eine Katastrophe von vielleicht weltweitem Ausmaß wäre die einzige Folge — und davor sollten Verstand und Gewissen jede Macht behüten, die solche Pläne hegen könnte. Es ist wirklich hoch an der Zeit, dafür zu sorgen, daß aus dem Vietnamkrieg, der grauhaft genug ist, nicht noch weiteres, viel gewaltigeres Unheil erwächst!

Der Kampf um Rhodesien Während Amerika mit Vietnam immer tiefer in ein halsbrecherisches Abenteuer hineingerät, steht England mit *Rhodesien* schon unmittelbar vor einer schicksalhaften Entscheidung. Nach der Erhebung Nordrhodesiens und Nyassalands zu staatlicher Unabhängigkeit ist Südrhodesien (jetzt einfach Rhodesien geheißen) mit den portugiesischen Kolonien Angola und Mozambique und der Südafrikanischen Union eines der letzten starken Bollwerke der weißen Kolonialherrschaft in Afrika geblieben. Es hat eine verhältnismäßig zahlreiche weiße Bevölkerung (etwa 220 000 Europäer gegen 2,4 Millionen Afrikaner, während in Nordrhodesien (Zambia) 93 000 Weiße den 2,3 Millionen

Schwarzen und in Nyassaland (Malawi) gar nur 7000 Weiße 2,3 Millionen Schwarzen gegenüberstehen). Und entsprechend kräftig ist auch das Selbstbewußtsein und der Herrschaftswille der Europäer in Rhodesien. Nach dem Sieg der «Rhodesischen Front», der Partei der schärfsten Apartheidpolitik, bei den «Wahlen» im vergangenen Mai, die natürlich ein Hohn auf alle Demokratie waren, verkündete ihr Führer Ian Smith die Entschlossenheit der neuen Regierung, die Unabhängigkeit Rhodesiens von Großbritannien um jeden Preis zu verwirklichen, auch gegen den Willen und Widerstand Londons. Die Antwort der Labourregierung war zunächst die Aufstellung von fünf Bedingungen, deren vorgängige Erfüllung allein Großbritannien — in letzter Linie das Parlament — veranlassen könne, Rhodesien als unabhängigen Staat anzuerkennen. Aber in den Verhandlungen mit Ian Smith, die zuletzt in Salisbury, der rhodesischen Hauptstadt, geführt wurden, wich Harold Wilson, der Labourführer, vor den rhodesischen Draufgängern immer weiter zurück und schien hart an dem Punkt zu sein, da er bereit war, auf die Sicherstellung einer Mehrheitsherrschaft in Rhodesien vor der Unabhängigkeitserklärung zu verzichten. Sein Hauptbeweggrund war zweifellos, die Anwendung militärischer Gewalt gegen ein widerspenstiges Weißrhodesien zu vermeiden, und in diesem Bestreben hat er auch durchaus recht. Aber das heißt weder, daß keine anderen wirksamen Zwangsmaßnahmen gegen die Regierung Smith ergriffen werden können, noch daß England das Recht hat, die fast zweieinhalb Millionen Afrikaner der Willkürherrschaft der weißen Minderheit auf unabsehbare Zeit preiszugeben. Und das Regiment Smith ist eine Willkürherrschaft. Die 220 000 Weißen haben sich «gesetzmäßig» fast ebensoviel Boden gesichert, wie sie den zehnmal zahlreicheren Schwarzen überlassen haben. Die Bewegungsfreiheit und das ganze Leben der Afrikaner wird von ähnlich brutalen Paßvorschriften eingeengt wie in Südafrika. Politische Rechte haben die schwarzen Rhodesier fast überhaupt keine. Ihr Wahlrecht ist aufs Äußerste beschränkt. Jede «umstürzlerische», das heißt auf die Selbstregierung der Afrikaner abzielende Tätigkeit wird mit den strengsten Strafen, bis zur Todesstrafe, bedroht. Wer inner- oder außerhalb Rhodesiens die Regierung unter Druck zu setzen unternimmt oder das auch nur beabsichtigt — zum Beispiel durch Vorbereitung von Boykott oder passivem Widerstand —, kann bis zu 20 Jahren ins Gefängnis gesteckt werden. Und so weiter.

Daß eine sich sozialistisch nennende britische Regierung die Fortdauer dieser Rassenunterdrückung auch nur in Erwägung ziehen könne, sollte eigentlich von vornherein unmöglich sein. Und tatsächlich stehen der britischen Regierung auch so viele wirtschaftliche und finanzielle Sperrmaßnahmen zu Gebot, daß ein auf sich selber oder nur auf Hilfe aus Südafrika und Portugal angewiesenes Rhodesien sich auf die Länge nicht zu halten vermöchte, auch wenn es ganz richtig ist, daß unter solchen Maßnahmen auch die afrikanische Be-

völkerung — und nicht nur in Rhodesien selber — leiden müßte. Dies um so weniger, als die unabhängig gewordenen Länder des ganzen übrigen Afrikas und darüber hinaus zahlreiche andere Staaten die britische Regierung tatkräftig unterstützen würden.

So wie im Augenblick, da wir schreiben, die Dinge stehen, scheint wenig Hoffnung zu sein, daß die rhodesische Regierung auf die eigenmächtige Losreißung von Großbritannien verzichten wird. Ob die Labourregierung die Kraft findet, einem solchen Gewaltakt wirksam zu widerstehen und die schändliche Rassenherrschaft in Rhodesien zu brechen, das ist freilich die Frage. Wenn sie ernstlich *wollte*, könnte sie ohne jeden Zweifel mit dem Widerstand der rhodesischen Scharfmacher — die keineswegs die Gesamtheit der weißen Siedler hinter sich haben — fertig werden, auch ohne zu Waffengewalt greifen zu müssen. Für die Sache der schwarzen Afrikaner, ja aller noch unter Kolonialherrschaft irgendwelcher Form leidenden Völker steht jedenfalls in Rhodesien Entscheidendes auf dem Spiel.

Die zweite Regierung Erhard Unerfreulich wie immer ist ein Blick auf *Westdeutschland*. Die neue Regierung Erhard sieht der alten so ähnlich wie ein Ei dem andern — äußerlich wenigstens. Die wichtigste Verschiebung ist die Neubesetzung des Justizministeriums, dem künftig Dr. Richard Jäger vorsteht, ein schwer belasteter ehemaliger Nationalsozialist, der alles andere als die Säuberung der westdeutschen Justiz vom «Geist» des Dritten Reiches als seine Aufgabe ansieht. Noch bedenklicher ist aber der Preis, den sich Franz Josef Strauß dafür bezahlen ließ, daß er *nicht* auf seinem Wiedereintritt in die Regierung bestand. Er begnügte sich vorerst damit, daß ihm Bundeskanzler Erhard mit dem nicht ernst gemeinten Angebot des Innenministeriums seine erneute Regierungsfähigkeit bescheinigte, und daß sowohl Außenminister Schröder wie der Minister für gesamtdeutsche Fragen, Mende, nichts planen dürfen, was der Gruppe Adenauer-Strauß-Guttenberg als wenn auch noch so vorsichtige Hinwendung zu einer Politik west-östlicher Zusammenarbeit erscheinen könnte. Mende hat bereits seine früheren Vorschläge für die Einsetzung gesamtdeutscher «technischer» Ausschüsse fallen gelassen. Und obschon Adenauer mit seiner Forderung, Schröder zu entfernen, weil er Frankreich in die Arme Rußlands treibe, nicht durchgedrungen ist, so ist doch keine Rede davon, daß etwa die Bonner Regierung endlich die Folgerungen aus dem gänzlichen Versagen der von Adenauer eingeleiteten Wiedervereinigungs- und Osteuropapolitik ziehen werde. Bedingungslose Eingliederung «Mitteldeutschlands» — das ist die Deutsche Demokratische Republik — in die Bundesrepublik und Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1937 mit Zurückwerfung der Sowjetunion weit nach Osten — das bleiben nach wie vor Hauptziele der «großen» Politik Bonns. Und

die Innenpolitik mit ihrem Zug zur «Notstands»-Diktatur, ihrer Vernachlässigung der dringendsten Bildungsaufgaben und ihrer Begünstigung kapitalistischer Interessen auf der ganzen Linie wird kein lichter Bild bieten.

Eine besonders wichtige Rolle spielt bei all dem die *militärische Aufrüstung* der Bundesrepublik. Die Rüstungsausgaben der westdeutschen Republik sind die zweithöchsten innerhalb der NATO geworden. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes ist von 10 Prozent im Jahre 1956 auf 32 Prozent im Jahre 1964 gestiegen. Die Zahl der in militärischen Diensten stehenden Westdeutschen beträgt gegen 750 000, noch ganz abgesehen von den Arbeitskräften, die in der Kriegsindustrie beschäftigt sind. In einem Buch von Fritz Vilmar «Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus» (das wir bisher nur aus Besprechungen in der Presse kennen), wird besondere Aufmerksamkeit den Zusammenhängen zwischen Industrie und Militärpolitik in Westdeutschland geschenkt. Wenn auch die Rüstungsaufträge für die Stützung des Kapitalismus in Westdeutschland noch nicht die gleiche Bedeutung gewonnen haben wie in den Vereinigten Staaten, so ist doch offenkundig, daß bereits die meisten namhaften Werke der Maschinen-, Kraftfahrzeug-, Elektro-, Flugzeugbau-, Schiffsbau- und Chemieindustrie der Bonner Republik tief ins Rüstungsgeschäft verwickelt sind, in dem eben die höchsten und leichtesten Gewinne zu machen sind. Die Gesamtsumme der Rüstungsaufträge der Bundeswehr belief sich bis zum 1. September 1963 schon auf 22,5 Milliarden Mark. An der Spitze der Rüstungsindustrie steht der Flick-Konzern mit seinen weitreichenden Verzweigungen. Die Dynamit Nobel AG macht Munition und Sprengstoffe. Daimler-Benz stellt Lastwagen und Motoren her. Panzerwagen liefert Krauß-Maffei in München. Natürlich ist auch der «neue» Krupp hervorragend (für 1962 allein mit 120 Millionen DM) an der Kriegsrüstung beteiligt. Und so fort in bunter Reihe.

Die Rüstungsaufträge erlauben der westdeutschen Industrie namentlich auch die hohen Kosten der technisch-wissenschaftlichen Forschung und Entwicklung zu tragen. In einem Bericht der Dachorganisation der westdeutschen Industrie, den Vilmar anführt, heißt es ganz offen: «Unsere Industrie erkennt . . . immer klarer, welche Anregung sie von der Wehrtechnik her erhält und welchen Nutzen sie für den zivilen Bereich daraus ziehen kann. Dieser Gesichtspunkt kann gar nicht oft und stark genug herausgestellt werden; er wird deutlich in den mit der Luft- und Raumfahrt zusammenhängenden Bereichen der sogenannten Spitzentechnik.» Auf jeden Fall kommt der Kriegsindustrie eine immer größer werdende Bedeutung beim Wiederaufstieg des westdeutschen Kapitalismus zu, wie sie andererseits mit ihrer gewaltigen Leistungsfähigkeit ein Hauptwerkzeug der neudeutschen Ausdehnungs- und Weltmachtspolitik geworden ist.

Man macht jetzt einiges Wesen aus einer Denkschrift, die be-

stimmte Kreise der *Evangelischen Kirche Westdeutschlands* über das Verhältnis der Bundesrepublik zu ihren östlichen Nachbarn ausgearbeitet haben. Aber wie gänzlich unangemessen und kleinmütig wirken doch die Vorschläge der Verfasser dieses Schriftstücks angesichts der tatsächlichen Sachlage! Sie verwahren sich ängstlich dagegen, daß sie etwa der Bonner Regierung «zumuten» wollten, ihren «Rechtsstandpunkt» in bezug auf die Wiedergewinnung der 1945 verlorenen Ostgebiete preiszugeben und die neuen Grenzen eindeutig anzuerkennen; es gehe ihnen lediglich darum, den Abstand zwischen den Forderungen der Vertriebenenverbände und der Wirklichkeit zu verringern (!) und eine Atmosphäre schaffen zu helfen, die «in einzelnen Schritten Akte der Versöhnung mit den östlichen Nachbarn» möglich machen würden und den «Handlungsraum der Politiker» erweitern könne. Als ob eine Versöhnung Westdeutschlands mit Polen, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion anders möglich wäre als durch vorbehaltlose Anerkennung der Folgen, die die Niederlage des Dritten Reiches in dem von ihm entfesselten Krieg gehabt hat! Die 1945 geschaffenen Grenz- und Machtverhältnisse in Osteuropa müssen einfach als endgültig hingenommen und als kleine Abschlagszahlung an die unermessliche Schuld gewertet werden, die Deutschland auf sich geladen hat und die die erdrückende Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung noch heute nicht zugeben, geschweige abgelten will. Die «Erweiterung des Handlungsraums der Politiker», also die Anrechnung der Schuld der Polen, Tschechoslowaken und Russen in der Vertriebenenfrage auf die tausendmal größere Schuld der Deutschen bei der Entfesselung und ruchlosen Führung ihres Krieges gegen die Ostvölker, kann höchstens die Manöver derjenigen westdeutschen Gruppen und Kräfte unterstützen, die die durch den deutschen Zusammenbruch vor zwanzig Jahren bewirkte Sachlage von Grund aus umzustürzen planen und zu diesem Zweck — unter dem Vorwand, einen Angriff aus dem Osten abwehren zu müssen — die neue westdeutsche Kriegsmacht aufgebaut haben. «Tut um Gottes willen etwas Tapferes!», möchte man mit Zwingli den Leisetretern zurufen, die noch immer nicht begriffen zu haben scheinen, daß die bestehenden Grenzen — wenn man von unwesentlichen Änderungen, die sich rechtfertigen lassen, absieht — endgültig sind und auf friedlichem Weg nicht zu Deutschlands Gunsten abgeändert werden können.

Grundsätzliche Abkehr von der ganzen Deutschland- und Osteuropapolitik, wie sie seit der Schaffung des westdeutschen Staates betrieben wird — das ist und bleibt für diejenigen westdeutschen Kreise, die Frieden und Verständigung mit dem Osten suchen, die entscheidende Aufgabe. Ein Glück nur, daß es auch *eine Deutsche Demokratische Republik* gibt, die ein Bollwerk gegen alle westdeutschen Revisionspläne ist und darum in der Bundesrepublik so giftig gehaßt und geschmäht wird! Ihr Weiterbestand und ihre weitere Be-

festigung ist solange notwendig, bis man in Westdeutschland erkennt und offen zugibt: erstens daß ein wiedervereinigtes Deutschland unbedingt auf alle Ausdehnung seines Machtbereichs nach Osten verzichten muß, und zweitens, daß nicht Ostdeutschland in das kapitalistisch-konservative Westdeutschland eingegliedert werden muß, sondern die sozialistischen Verwirklichungen der DDR erhalten und wo möglich auf den Westen ausgedehnt werden müssen. Was heute am deutschen Osten dem Westen unannehmbar erscheint, wird von selber wegfallen in dem Maße, da sich die DDR nicht mehr gegen westliche Feindseligkeiten und Aushöhlungstätigkeit wehren muß.

9. November

Hugo Kramer